

**Rede zum 74. Jahrestag der Liquidation des „Zigeunerlagers“ Auschwitz, 2.8.2017,
Braubachstraße 18-24, 60311 Ffm., 18.00 Uhr**

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurden über 2800 Roma und Sinti aus dem „Zigeunerlager“ Auschwitz vergast, nachdem sie sich am 16. Mai desselben Jahres durch einen Aufstand kurzzeitig erfolgreich dagegen zur Wehr setzten. „Arbeitsfähige“ Roma und Sinti, vor allem diejenigen, die den Widerstand organisiert hatten, wurden vor der Mordaktion selektiert und in andere Lager deportiert.

Ab 1933 begann die Einweisung von Roma in KZs, ab 1934 die Zwangssterilisationen. Schon 1935 fanden systematisch Erfassung, Festsetzung, Isolation und Zwangsarbeit statt. Rassistische Sondergesetze wie Eheverbote und Berufsausschlüsse wurden 1936 durch die im Jahr zuvor erlassenen Nürnberger Rassegesetze umgesetzt. Erste Massendeportationen in KZs sind ab 1938 zu verzeichnen. In dem Jahr wird auch die zentrale Stelle zur Erfassung und Verfolgung von Roma und Sinti, die „rassenhygienischen Forschungsstelle“, in Berlin eingerichtet und die „endgültige Lösung der Zigeunerfrage“ von Himmler formuliert. Die erstellten 24.000 sogenannten Gutachten bilden die Grundlage der späteren Vernichtung. Ab 1939 müssen Roma und Sinti ihre Wohnungen verlassen und werden interniert. 1940 finden erste Transporte nach Polen in Lager und Ghettos statt. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion beginnen 1941 Massenerschießungen durch die SS. Allein 5000 Sinti und Roma werden 1942 aus dem Burgenland in das Ghetto Litzmannstadt deportiert und später durch Vergasungswagen im Lager Kulmhof ermordet. Reichsjustizminister Thierack notiert 1942 nach einem Gespräch mit Propagandaminister Goebbels, dass Juden und Zigeuner vernichtet werden sollen. Der Auschwitzerlass vom Dezember 1943 begründete die Deportation von Roma und Sinti aus ganz Europa in das Vernichtungslager.

Am 27.1.2000 wurde in der Braubachstraße aus privaten Mitteln und nur durch massive Öffentlichkeitsarbeit der Roma-Union, des Förderverein Roma, der jüdischen Gemeinde und vielen UnterstützerInnen eine Tafel am Stadtgesundheitsamt angebracht. Über zehn Jahre lang haben fast alle Parteien und Gremien und das Institut für Stadtgeschichte die Tafel verhindert. Die Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Täter, eine angeblich unsichere Beweislage über ihre Verbrechen, die namentliche Erwähnung der Verantwortlichen, die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Nachkriegszeit und die angebliche Gefahr, durch die Anbringung der Mahntafel entstünde ein Wallfahrtsort für Neonazis waren die ebenso ungläubwürdigen wie konstruierten Gründe der Ablehnung.

Die Tafel erinnert an die ermordeten Roma und Sinti und benennt, dass die beiden für die Erfassung und Deportation maßgeblich verantwortlichen NS-Rasseforscher Ritter und Justin nach 1945 nicht etwa strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurden, sondern, wie im Fall von Justin, noch bis in die 60er Jahre im gehobenen medizinischen Dienste der Stadt Frankfurt standen; trotz Wissen über die von ihr begangenen Verbrechen in der NS-Zeit. Neben den Mahntafeln in der Krupp- und Dieselstraße und der Gedenkplatte auf dem Hauptfriedhof sind dort zwischenzeitlich vier Gräber von Überlebenden des NS-Terrors als Gedenkorte angelegt worden. Der Verein bemüht sich zudem noch dieses Jahr mit dem Journalisten Markus Pape ein Buch über das KZ Lety in der Nähe von Prag herauszugeben. In dem KZ wurden Roma und Sinti unter unmenschlichen Bedingungen interniert und später nach Auschwitz deportiert. Das Gelände wird seit den 70er Jahren als Schweinemast verwendet. Eine Gedenkstätte steht bis heute aus.

Kommen wir zur Gegenwart.

Amaro Foro, die Jugendorganisation der Roma in Berlin, stellte zum Ende des NSU Prozesses folgendes fest. Der NSU mordete in Deutschland über zehn Jahre lang ungestört. Neun von zehn Opfern hatten einen sogenannten Migrationshintergrund. In einem Fall war

die Tote eine Deutsche ohne Migrationshintergrund: die Polizistin Michele Kiesewetter, die 2007 in Heilbronn erschossen wurde. Auch hier zogen die Ermittlerinnen nicht einmal in Erwägung, dass die Täter der extremen Rechten angehören könnten. Stattdessen konstruierten sie aufgrund von DNA-Spuren einer Frau am Tatort das sogenannte Phantom von Heilbronn: Dieselbe DNA wurde bereits an einigen anderen Tatorten in Deutschland und umliegenden Ländern gefunden. Die Polizei ging deshalb von einer hochmobilen und hochkriminellen Täterin aus, die vermutlich aus dem Roma-Milieu stamme. Bereits diese Vorannahme war offensichtlich durch rassistische Stereotype der Ermittlerinnen geprägt. Sie entwickelten dann die sogenannte biogeografische Herkunft der potenziellen Täterin. Daraus ergab sich eine mögliche osteuropäische Provenienz. Die Beamten fokussierten sich auf sogenannte Fahrende, besonders auf Sinti und Roma. Ins Visier geriet unter anderem eine Gruppe aus Serbien, die sich in der Nähe des Tatorts aufgehalten hatte. Insgesamt mussten über 3000 Roma Speichelproben abgeben. Im Dezember 2008 kam dann heraus, dass die DNA-Spuren auf Verunreinigungen im Labor zurückgingen. Ein klarer Fehler. Die Polizei hielt trotzdem an ihrer rassistischen Ermittlungspraxis fest, zu wirkmächtig war das antiziganistische Vorurteil. Auch die aktuelle Erweiterung der DNA Analysen bei Straftaten hat die Schattenseite, dass sie erstrangig auf Minderheiten angewandt und so leicht zu einem Instrument von Ausgrenzung und Denunziation werden können.

Auf der Liste von möglichen Anschlagzielen des NSU standen auch das Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma ebenso wie der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Die einseitigen Ermittlungen reihen sich in eine lange Tradition antiziganistischer Polizeiarbeit seit dem deutschen Kaiserreich ein. In der Weimarer Republik schuf der hessische Innenminister Leuschner eine Zigeunergesetzgebung. Im Nationalsozialismus erfasste die Polizei Sinti und Roma in einer separaten Kartei. Spezialisten waren für die Deportationen verantwortlich und konnten ihre Expertise auch in der BRD weiter einbringen. Die Karteien aus dem Nationalsozialismus wurden durch Polizeibehörden der BRD bis in die 80er Jahre weiterverwendet.

Ein Schüler unserer Kita wurde vor kurzem im Zug kontrolliert. Alles war in Ordnung, trotzdem meinte der DB-Beschäftigte die Fahrkarte wäre ungültig, weil der Junge sicher „Zigeuner“ sei. Auch der Ausweis wurde angezweifelt und Proteste unsererseits bisher mit dem Hinweis abgebugelt, das sei alles schon beim Inkasso Büro. Roma, die obdachlos sind, bekamen vom Ordnungsamt Ffm. einen Stempel in den Pass, mit dem Vermerk, sie würden betteln. Eine Vorgehensweise ohne jegliche Rechtsgrundlage. Roma, die sich ob ihrer Armut in Häusern und Plätzen selbst organisieren und ihre Existenz bestreiten, werden rigoros geräumt und ihre Überlebensstrukturen nachhaltig zerstört. Die Ausländerbehörde arbeitet zudem an der Möglichkeit, die Betroffenen – also EU-Bürger - auszuweisen, weil sie keine Arbeit finden. Unterstützung wegen Armut gibt es nicht, die Novellierung der Sozialgesetzgebung schließt dies mittlerweile aus. Die Verantwortung für das Elend wird allein den Roma zugeschoben. Eine Vorgehensweise die Tradition hat.

In Rom wird eine Siedlung seit Monaten bedroht, Pogrome angekündigt. Schutz durch die Polizei bleibt aus. Die Angreifer sind mit der rechten Lega, die in der Regierungskoalition ist, verflochten. Die Stadt will die Siedlung räumen, ohne adäquate Angebote und unter Billigung, dass Familien auseinandergerissen werden. Der italienische Innenminister Salvini fordert wie die AfD im sächsischen Parlament die Totalerfassung von Roma.

Die Situation in Osteuropa ist nicht besser. Rassistische Gewalt in Ungarn, Pogrome in Odessa im letzten Jahr, Hassverbrechen in Bulgarien, die nicht verfolgt werden, Misshandlungen durch die Polizei. Die Aufklärung der Zwangssterilisationen an Roma-Frauen in der Slowakei ist immer noch offen, von systematischer Diskriminierung in Rumänien, von Vertreibung, exzessiver Gewalt und Zwangsräumungen wird regelmäßig berichtet.

In der Ukraine attackieren in Lviv seit Monaten rechte Gruppen Roma; ein Junge stirbt, etliche Personen werden verletzt. Die paramilitärisch agierenden Gruppen haben Verbindungen zur neu gegründeten extrem rechten Partei „Nationalkorps“, die 2019 erstmals

zu den ukrainischen Parlamentswahlen antreten möchte. Ihr Anführer Bilezki, der während der bewaffneten Auseinandersetzungen im Donbass 2014 das offen rechtsextremistische Bataillon „Asow“ anführte, schwadroniert öffentlich im Kontext der jüngsten Übergriffe auf Roma von der Wiederherstellung „elementarer Sicherheit und Gerechtigkeit“. Eine Argumentation, die auch hier nicht unbekannt ist.

Dem Elend der Roma aus Osteuropa steht die Abschiebung der Roma-Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien gegenüber. Trotz gegenteiliger Berichte von Menschenrechtsorganisationen wurde durch die Einstufung der Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer das persönliche verbriefte Recht auf Asyl ausgehebelt. Familien, die seit Jahren hier leben, werden mit Gewalt in Ankerzentren, Abschiebe- oder Balkanlager, die bei den Roma die Erinnerung an die NS-Lager wecken, verbracht und in Perspektivlosigkeit, Armut und Gewalt massenhaft ausgewiesen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die beiden Brandanschläge auf Roma in Frankfurt sind nicht aufgeklärt. In Berlin-Friedrichshain wurde vor kurzem bereits zum zweiten Mal auf ein Roma-Kind geschossen. Allenthalben wird von kritischer Seite die Zunahme einer menschenverachtenden Grundstimmung festgestellt, nicht zuletzt auch angesichts der aktuellen Debatte um Geflüchtete. Ein US-amerikanischer Jude, Opfer eines antisemitischen Überfalls in Bonn, wird angeblich als Täter verwechselt und von der Polizei verprügelt, die ihm dann noch droht, falls er die Sache öffentlich macht. Eine Frau wurde diese Woche in Frankfurt in der Straßenbahn als Ausländerin beschimpft und nach ihrem Kind getreten.

Ich möchte die Rede dennoch positiv beenden und darauf hinweisen, dass es international Proteste gegen die breite Front der Pogrome, der Morde und der rassistischen Gewalt gibt und zwar vor allem von den Betroffenen selbst. In Prag, Bukarest, in Italien, Ungarn und Tschechien, in Göttingen, Berlin, Köln und anderen deutschen Städten engagieren sich die Menschen gegen Antisemitismus und Antiziganismus, setzen sich für Gleichberechtigung, für die Ahndung von Straftätern ein und die von der Räumung betroffenen Roma in Italien halten ihren seit 20 Jahren angestammten Platz besetzt.

Vor der Gedenkminute will ich noch mitteilen, dass vor 600 Jahren erstmals Roma in Frankfurt erwähnt wurden. Der Philharmonische Verein der Roma und Sinti wird deshalb am 30.9.2018 um 11.00 Uhr ein Konzert auf dem Römerberg geben und der Förderverein Roma im September und Oktober in Veranstaltungen über die Geschichte von Ausgrenzung und Vernichtung und über die aktuelle Situation Roma und Sinti informieren.

Vielen Dank.

Ffm., den 2.8.2018